

FORUM DER PARTEIEN: Über die Beschlüsse des Stadtparlaments zum Ausbau von Windkraftanlagen

Berechnung äußerst irreführend

Philipp Schönberger

Die im Leserbrief "Wildwuchs vermeiden" ("Südhessen Morgen" vom 13. Dezember) gemachten Aussagen sind zum Teil derart falsch, dass sie einer Richtigstellung bedürfen:

1. Niemand hat gefordert, zwei Prozent der Lampertheimer Gemarkung als Windkraft-Vorrangflächen auszuweisen. Die Prozentzahl bezieht sich auf ganz Hessen bzw. das Planungsgebiet des Regionalplans Südhessen.

2. Die Forderung, dass die Vorrangflächen keine Ausschlusswirkung haben sollen, bezieht sich nicht auf ganz Hessen oder Deutschland, sondern konkret auf unsere Situation in Lampertheim. Hier bei uns, wo wir bisher trotz bestehender rechtlicher Möglichkeiten keine einzige Windkraftanlage haben, besteht offensichtlich keine Wildwuchsgefahr! Vielmehr besteht die Gefahr, dass der künftige Regionalplan jegliche Windkraftnutzung in Lampertheim ausschließen wird. Hiergegen richtet sich die städtische Stellungnahme.

3. In der Studie "ErneuerbarKomm" des Kreises Bergstraße sind mitnichten die von den Kommunen angedachten Pläne für den Ausbau erneuerbarer Energien dargestellt. Vielmehr wird dort lediglich das Potenzial erneuerbarer Energien aufgezeigt.

4. Dementsprechend ist die Idee des Leserbriefs, auszurechnen, um wie viel sich die Stromkosten erhöhen würden, wenn dieses Potenzial zu dem in der Studie angenommenen Grad ausgeschöpft würde, auch von eher theoretischem Wert. Jedoch ist auch diese Berechnung im Leserbrief äußerst irreführend: Es kämen keineswegs auf jeden Lampertheimer 440 Euro Kosten zu, wenn in Lampertheim in entsprechendem Umfang regenerative Stromerzeugungsanlagen errichtet würden.

Vielmehr wird die Einspeisevergütung auf alle Stromkunden in Deutschland umgelegt. Daher würden die Lampertheimer Anlagen jeden Bewohner Lampertheims nur mit durchschnittlich 17 Cent pro Jahr, das heißt knapp 1,5 Cent pro Monat belasten. Für einen Vier-Personen-Haushalt sind das sechs Cent im Monat. Diesen Kosten steht ein erheblich größerer lokalwirtschaftlicher Nutzen in Form von Betreibergewinnen, kommunalen Steuereinnahmen sowie Arbeitsplatz- und Einkommenseffekten gegenüber.

In der Tat spricht nichts gegen eine öffentliche Diskussion der Lampertheimer Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan und zur Windkraft. Wie aber sollen wir Stadtverordneten oder auch die Verwaltung auf die Idee kommen, dass an einer solchen Diskussion allzu großes Interesse besteht, wenn die entsprechenden öffentlichen Sitzungen - zum Beispiel des Stadtentwicklungs-, Energie- und Bauausschusses - nur spärlich von den Bürgern besucht werden?

Angesichts des möglichen Baus von Windkraftanlagen von der Gefahr eines Windkraft-"Tsunamis" zu sprechen halte ich im Übrigen für äußerst unangemessen. Schließlich dienen die Anlagen dem Klimaschutz und damit der Vermeidung einer rapiden Zunahme von katastrophalen Extremwetterereignissen wie Tsunamis.

© Südhessen Morgen, Samstag, 15.12.2012